

**Die Prager Verhandlungen über die Kriegsschulden.**

Wien, 16. Dezember.

Freiherr v. Beck hat über die Verhandlungen, die er mit den Vertretern der czecho-slowakischen Regierung in Prag geführt hat, dem Staatsrat Bericht erstattet. Bei den Besprechungen in Prag hat es sich zunächst darum gehandelt, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank für die Bewilligung der Anleihe von 2.4 Milliarden Kronen, die einen Bestandteil der noch vom Reichsrat genehmigten Kredite bildet, die Zustimmung der anderen Nationalstaaten verlangt hat. Die Bank wäre geneigt gewesen, diese Anleihe zu gewähren, wenn sie neben der Haftung des deutschösterreichischen Staates noch jene der czecho-slowakischen Regierung bekommen hätte. In diesem Punkte haben die Verhandlungen kein Ergebnis gehabt. Wohl aber haben sich im Laufe der Konferenzen Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Tschechen geneigt wären, über diejenigen Kriegsanleihen und über jene bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank aufgenommenen Kredite zu verhandeln, die auf parlamentarischem Wege bewilligt worden sind. Vom Reichsrat wurden genehmigt: die siebente und achte Kriegsanleihe, auf welche insgesamt 11.8 Milliarden Kronen gezeichnet wurden; die ersten sechs Kriegsanleihen mit zusammen 23.2 Milliarden Kronen wurden auf Grund kaiserlicher Verordnungen ausgegeben, die dem Reichsrat bei seinem Zusammentritte im Frühjahr 1917 unterbreitet worden sind. Von den Lombardkrediten bei der Notenbank beruhen 14.3 Milliarden Kronen auf gesetzlicher Genehmigung und 9.37 Milliarden Kronen auf kaiserlicher Verordnung. Die Kassenscheine der Notenbank, von denen in den österreichischen Ländern gegenwärtig rund 4 Milliarden im Umlaufe sind, wurden zur Gänze auf Basis gesetzlicher Ermächtigung ausgegeben.

Es ist bei dieser Gelegenheit auf czechischer Seite auch von Deutschen gesprochen worden. Das geschah nicht so handgreiflich, daß diese Frage den Gegenstand einer Verhandlung hätte bilden können, aber immerhin in sehr verständlicher Weise.

Wenn auch die Prager Konferenzen jetzt noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben, so sind doch einige Anhaltspunkte zutage getreten, die es möglich machen, die Verhandlungen nach Weihnachten wieder aufzunehmen.

Der Januarcoupon der Kriegsanleihe wird unter allen Umständen mit Vorbehalt späterer Abrechnung gedeckt werden.

Die Veränderung besteht also darin, daß sich doch Anhaltspunkte ergeben haben, die eine Fortführung der Verhandlungen gestatten.

**Eine czechische Stimme über die Rede Raschins.**

Der „Benlov“ bespricht in einem Artikel die Rede Raschins über die Kriegsanleihe und bemerkt, die Rede habe in den deutschen Blättern große Aufregung hervorgerufen. Das argentinische Blatt erklärt sich mit den Ausführungen Raschins einverstanden und bemerkt: Wie man in wohlunterrichteten Kreisen versichert, haben die Tschechen in Böhmen auf die Kriegsanleihe ungefähr 600 Millionen gezeichnet. Dabei sind die Zeichnungen der Fonds, Stiftungen und Waisengelder eingerechnet, während das sogenannte deutsche geschlossene Gebiet auf diese Anleihen einige Milliarden gezeichnet hat. Einzelne Institute steckten ihr ganzes Hab und Gut hinein, in der Ueberzeugung des Sieges der Centralmächte. Auf czechischer Seite wurde nur unter dem Drucke der österreichischen Regierung die Anleihe gezeichnet, also nur unter dem Drucke der Gewalt. Anders war es bei den Deutschen, die unser Land bewohnen, die von ihren Präzorganen aufgemuntert wurden, zu zeichnen, mit der Erklärung, daß die Deutschen niemand zu ihrer patriotischen Pflicht zu zwingen brauche. Sie versicherten, daß nach dem Frieden entsprechende Rücksicht auf diejenigen genommen werden müsse, welche nur gezwungen die Kriegsanleihe zeichneten, aber ebenso auf jene, welche frei ihr Geld zum Opfer brachten. Die Deutschen haben die Zeichnung der Kriegsanleihen unterstützt, sie werden also auch freudig jetzt die Folgen tragen. Es sei doch nicht möglich, daß derjenige, der Schuld an dem Kriege trage, den Krieg ernährte und ihn zum Schlusse verlor, gleichgestellt werde demjenigen, der sich dem Kriege widersetzte und der schließlich den Sieg errang. Zwischen diesen beiden Parteien muß ein Unterschied gemacht werden, und nicht nur auf politischem und nationalem, sondern auch auf finanziellem Gebiete. Wir haben keine Lust, diese Anleihen auf unsere Rechnung zu nehmen, sagte Minister Raschin, und damit hat er uns allen aus der Seele gesprochen.